

# Die amerikanische Rechte und Ella Müller der Umweltschutz

## Geschichte einer Radikalisierung



Ella Müller

# Die amerikanische Rechte und der Umweltschutz

Geschichte einer Radikalisierung

Hamburger Edition

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung  
der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH  
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung  
Mittelweg 36  
20148 Hamburg  
[www.hamburger-edition.de](http://www.hamburger-edition.de)

© der E-Book-Ausgabe 2023 by Hamburger Edition  
ISBN 978-3-86854-446-6  
E-Book Umsetzung: Dörlemann Satz, Lemförde

© 2023 by Hamburger Edition  
ISBN 978-3-86854-382-7

Umschlaggestaltung: Lisa Neuhalfen, Berlin  
Umschlagabbildung: © Kelly Jordan – USA TODAY NETWORK

# Inhalt

Einleitung	7
1 Die Geburt des <i>Environmentalism</i>	28
2 Die Verabschiedung des National Environmental Policy Act 1969	65
3 Dr. Dixy Lee Rays Kampf für die Atomenergie: <i>Anti-Environmentalism</i> als biografische Entfremdung	96
4 Von Nixon zu Reagan: Umweltschutz in Zeiten der herausziehenden <i>Culture Wars</i>	138
5 Ökonomie vs. Ökologie: Die Auseinandersetzung um den Schutz der <i>Northern Spotted Owl</i>	176
6 Die lange Entdeckung des Klimaschutzes	236
7 Die Radikalisierung der Republikaner in den 1990er Jahren und die Folgen für den Klimaschutz	280
Epilog: Die amerikanische Rechte zwischen Kulturkampf und Klimakatastrophe	322
Verzeichnis der wichtigsten Abkürzungen	335
Quellenverzeichnis	336
Literaturverzeichnis	342
Danksagung	359
Personenregister	361
Zur Autorin	365



Dorothy Thierolf protestiert in Ocean Beach am 12. August 1972.  
Foto: Gene Daniels.

# Einleitung

An einem strahlenden Sommertag im August 1972 fuhr eine hupende Autokarawane durch den Küstenort Ocean Beach im Bundesstaat Washington. Knapp zweihundert Menschen machten ihrem Ärger über die jüngste Umweltschutzmaßnahme der Landesregierung Luft, die kurz zuvor einen Teil der Strände für Autos hatte sperren lassen, damit die heimischen Muschelbestände sich über den Sommer erholen konnten. Die Badegäste sollten ihre Pkw an der Straße parken und zu Fuß an den Strand gehen. Angeführt von Dorothy Thierolf, einer ortsansässigen Geschäftsfrau, forderten die Demonstrierenden die sofortige Wiedereröffnung des Strandes für den Autoverkehr. Auf Schildern, die sie trotzig in die Kameras der Lokalpresse hielten, proklamierten sie »Drive Don't Walk« oder »We Pay Taxes, Parks Don't«. Damit drückten sie eine Haltung aus, die über den lokalen Konflikt hinauswies; sie signalisierten eine tiefere Ablehnung der Forderungen und Werte der Umweltbewegung. Hier deutete sich ein politisches Projekt an, das die amerikanische Gesellschaft bis heute beschäftigt: *Anti-Environmentalism*.<sup>1</sup>

In den letzten fünfzig Jahren konnte Widerstand gegen Umweltschutz ganz unterschiedliche Formen annehmen und von verschiedenen Gruppen ausgehen. Es gab Holzfäller, die sich gegen Abholzungsstopps wehrten; Landwirte, die kein Verständnis für ökologische Auflagen beim

---

1 Die Episode ist dank des Fotografen Gene Daniels gut dokumentiert. Seine Aufnahmen sind im Zuge eines Dokumentationsprojekts der Environmental Protection Agency (EPA) entstanden. Die frisch gegründete Umweltbehörde hatte zu Beginn der 1970er Jahre Amerikanerinnen und Amerikaner aufgefordert, ihre Umwelt (und alles, was sie damit assoziierten) zu fotografieren. 2013 holten die National Archives die Einsendungen aus ihren Beständen und präsentierten sie in der Ausstellung »Searching for the Seventies« erstmals einer breiteren Öffentlichkeit.

Einsatz von Düngemitteln hatten; Pick-up-Truck-Fahrer, die Zäune von Naturschutzgebieten einrissen, um sich Zugang zu Offroad-Pisten zu verschaffen, oder Filteranlagen von ihren Auspuffen demontierten, um Umweltschützer zu provozieren; Jäger, die Artenschutzauflagen als Schikane begriffen; Hausbesitzer, die gegen den Bau von Windrädern in Sichtweite demonstrierten; Familien, die Angst davor hatten, dass Arbeitsplätze in Kohle- oder Bergbauwerken durch striktere Klimaschutzziele verschwinden würden; Industrieverbände, die gegen die Einführung ökologischer Standards kämpften; Lobbygruppen, die ihren Einfluss nutzten, um Umweltschutzauflagen zu lockern; Menschen, die das Ozonloch für einen Mythos hielten; Thinktanks, die Zweifel am Klimawandel schürten. Und es gab konservative Gruppierungen, die alles bekämpften, was sie mit einer liberalen, progressiven Agenda in Verbindung brachten.

*Anti-Environmentalism* konnte sich als friedlicher Protest zeigen, als Akt des zivilen Ungehorsams, als politischer Lobbyismus und durchaus nicht selten als mutwilliger Gesetzesbruch – immer aber standen dahinter die Entscheidung, sich gegen Naturschutz zur Wehr zu setzen, und eine tiefsitzende Ablehnung der Umweltbewegung. Diese Widerstände gehörten zum einen zu dem gesellschaftlichen Aushandlungsprozess um das angemessene Maß, die gebotene Dimension und die richtige Form von Naturschutz und sind essenziell für den dahinterstehenden Lernprozess. Ihre Analyse hilft uns, die Offenheit dieses Prozesses zu verstehen, denn moderner Umweltschutz erhielt seine demokratische Legitimation nicht allein durch Mehrheiten für Gesetze, sondern musste gesellschaftlich erlernt und akzeptiert werden. Dieser Prozess konnte durchaus schmerzhaft sein und beinhaltete zahlreiche Fehler, Korrekturen, Abbrüche und Kompromisse. Zum anderen ist die Ablehnung von *Environmentalism* heute in die politische Agenda der Republikanischen Partei integriert und fester Bestandteil der politischen Identität des rechten Amerikas. Das Verhältnis zwischen *Environmentalism* und der amerikanischen Rechten steht im Zentrum dieses Buches und zwar in zweifacher Hinsicht: Wie hat sich die Entwicklung der konservativen Bewegung, der Republikaner und der rechten intellektuellen Sphäre im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts auf Umweltschutz und -politik in den USA ausgewirkt? Und umgekehrt: Wie veränderten der Aufstieg der Umweltbewegung seit den 1960er Jahren, der Ausbau des *Environmental Management State* und die fortschreitende Natur- und Klimakrise die amerikanischen Rechte?

Auf beide Fragen findet man einen Teil der Antwort in den frühen 1990er Jahren, in denen zwei politische Entwicklungen an Fahrt aufnahmen, die unsere Gegenwart maßgeblich bestimmen: zum einen die Radikalisierung der konservativen Bewegung und der Republikaner – unter anderem unter der politischen Führung von Newt Gingrich, immer finanziert durch konservative Stiftungen und Thinktanks, angetrieben und inspiriert durch Vordenker wie Pat Buchanan oder Rush Limbaugh; zum anderen die Erkenntnis am Ende der Reagan-Ära, dass die Klimakrise bereits begonnen hatte und es höchste Zeit war, ihr politisch zu begegnen.

Doch um diese Dynamik und das Ausmaß dieser Verschiebungen zu verstehen, muss man früher ansetzen. Die Geschichte beginnt deshalb in den späten 1960er Jahren und damit in einer ereignisreichen Phase, in der in Washington, D. C., wichtige umweltpolitische Weichenstellungen erfolgten. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte diese Phase im September 1969, als der US-Kongress den National Environmental Policy Act (NEPA) mit 372 zu 15 Stimmen verabschiedete. Eine breite, überparteiliche Mehrheit der Abgeordneten stimmte damals für die bis dahin umfassendste Umweltgesetzgebung in der Geschichte der Vereinigten Staaten und schaffte so die Strukturen für einen modernen *Environmental Management State* – eine »environmental magna charta«, jubelte die Presse.<sup>2</sup> Der republikanische Präsident Richard Nixon unterstützte den NEPA und scheute nicht davor zurück, die Erwartungen an die frisch geschaffene Environmental Protection Agency (EPA) hochzuschrauben. Mit Blick auf das anbrechende neue Jahrzehnt verkündete er: »Die 1970er Jahre müssen die Zeit sein, in der Amerika seine Schuld gegenüber der Vergangenheit begleicht und die Sauberkeit seiner Luft, seines Wassers und seiner Umwelt wiederherstellt.«<sup>3</sup> Und tatsächlich gingen die 1970er Jahre als *environmental decade* in die amerikanischen Geschichtsbücher ein, auch, weil dem NEPA zahlreiche bahnbrechende Umweltschutzgesetze wie der Environmental Quality Improvement Act (1970), der

---

2 Zit. nach Smythe, »Historical Roots of NEPA«, S. 12. Der Begriff »Environmental Management State« fasst alle staatlichen Institutionen zusammen, die den Umgang mit natürlichen Ressourcen und der Umwelt verwalten und regulieren.

3 Nixon, Statement About the National Environmental Policy Act of 1969, 1. Jan. 1970. Wenn nicht anders vermerkt, sind alle öffentlichen Äußerungen der U.S.-Präsidenten der offiziellen Sammlung The American Presidency Project der UC Santa Barbara entnommen unter [www.presidency.ucsb.edu](http://www.presidency.ucsb.edu) [31. 3. 2023], Zitat übersetzt von E. M.

Endangered Species Act (1973), der Safe Drinking Act (1974), der Hazardous Materials Transportation Act (1975) sowie mehrere umfassende Erweiterungen bestehender Gesetze wie des Clean Air Acts folgten.<sup>4</sup>

Umweltpolitik war am Übergang von den 1960er zu den 1970er Jahren ein politisches Feld, auf dem die beiden Parteien mühelos zueinanderfanden und großer Konsens zu herrschen schien. Die USA wurden so zum Vorreiter in Sachen Umweltschutz und für viele westliche Nationen zum Vorbild. Hier war die moderne ökologische Bewegung besonders stark: Die größte Demonstration für den Schutz der Natur, der sogenannte *Earth Day*, mobilisierte 1970 erstmals zwanzig Millionen Menschen in Amerika und inspirierte von da an jährlich weltweit Massenproteste und Großveranstaltungen. Die einflussreichsten Umweltschutzorganisationen, der WWF, Greenpeace oder der Sierra Club, gründeten sich in Nordamerika und steuerten von hier aus globale Kampagnen.

In den darauffolgenden fünf Jahrzehnten verloren die USA diese Vorreiterrolle. Sie wurden zu einem unzuverlässigen Partner in der internationalen Klimapolitik; das Land ist bis heute die Heimat des Klimawandelskeptizismus und – noch – die einzige westliche Demokratie, in der weite Teile der konservativen Volkspartei die Existenz der Klimakrise leugnen oder banalisieren. In der wohlhabendsten Industrienation der Welt hält ein Teil der politischen Elite Klimaschutz für ökonomisch unzumutbar, während die amerikanischen Medien gezwungen sind, ganzjährig von katastrophalen Extremwetterlagen zu berichten, deren gewaltige Zerstörungskraft eine unmittelbare Folge der fortgeschrittenen globalen Erwärmung ist. Die Vereinigten Staaten, die Wiege der modernen Umweltbewegung, halten heute zahlreiche ökologische Negativrekorde.<sup>5</sup>

Der Umgang der beiden politischen Parteien mit dieser Situation könnte dabei unterschiedlicher kaum sein. Während der republikanische Präsident Donald Trump die globale Erwärmung auch 2020 noch als »chinesische Verschwörung« abtat und seine Amtszeit dazu nutzte, den *Environmental Management State* systematisch auszuhöhlen und den Abbau der natürlichen Ressourcen des Landes in Höchstgeschwindigkeit

---

4 Vgl. zur Dekadensignatur »Environmental Decade«: Vaughn, *Environmental Politics*, S.1.

5 Vgl. etwa Pew Research Center, »Fewer Americans See Solid Evidence of Global Warming«.

voranzutreiben, hat sein Nachfolger Joe Biden 2022 mit dem Inflation Reduction Act die ehrgeizigste Dekarbonisierungsreform unterschrieben, die das Land bisher gesehen hat. So heterogen die Wählerschaft der Demokraten inzwischen ist und so erbittert die inhaltlichen Differenzen zwischen den Flügeln der Partei etwa bei Vorwahlen ausgetragen werden, bei einem Punkt ist sich das liberale Amerika weitgehend einig: Klimaschutz ist wichtig und zwar auch, weil er der Weg aus ökonomischem Niedergang und ein Türöffner in ein neues *american century* zu sein verspricht.<sup>6</sup>

Der Kontrast zum überparteilichen umweltpolitischen Aufbruch um 1970 macht die Kluft zwischen den beiden Parteien besonders erklärungsbedürftig. Wo ist der ökologische Konsens der späten 1960er und frühen 1970er Jahre hin? Wie wurde aus der Partei des Präsidenten, der die EPA gegründet und den Artenschutz zur nationalen Pflicht erklärt hat, die Heimat all derjenigen, die Umweltschutz vehement bekämpfen? Wie konnten in einem Feld, dessen Anliegen – der Schutz der Natur – sich über alle politischen Verwerfungen der letzten fünf Jahrzehnte hinweg einer großen Beliebtheit bei Amerikanerinnen und Amerikanern erfreute, zwei so konträre Lager entstehen?<sup>7</sup>

Es ist höchste Zeit, *Anti-Environmentalism* als historischen Gegenstand ernst zu nehmen – nicht nur, weil die Folgen dieses Widerstandes dramatische Spuren hinterlassen haben, sondern auch, weil die Motive, Dynamiken und Entwicklung dieser Bewegung sowie die dahinterstehende Haltung und Ideologie viel über die kulturellen Verschiebungen und die politischen Großkonflikte in den USA aussagen. Dafür muss man *Anti-Environmentalism* in seiner Vielschichtigkeit und auch Widersprüchlichkeit erklären, anstatt das Phänomen zu belächeln, zu marginalisieren oder künstlich zu homogenisieren; gleichzeitig darf man den Widerstand gegen Umweltschutz nicht entkoppeln von den gewaltigen politischen und kulturellen Verschiebungen, die die amerikanische Gesellschaft seit den 1960er Jahren geprägt haben.

---

6 Vgl. zur ökologischen Bilanz von Donald Trump am Ende seiner Amtszeit: Roberts, »A Second Trump Term«. Zur ökologischen Bedeutung von Bidens Inflation Reduction Acts vgl. die Analyse von Barbanell, »A Brief Summary«. Vgl. zum Stellenwert von Klimaschutz im liberalen Amerika: Roberts, »At Last«.

7 Vgl. das fortlaufende Dossier des amerikanischen Umfrageinstituts Gallup zum Umweltbewusstsein in den USA: »In Depth: Environment«, <https://news.gallup.com/poll/1615/environment.aspx> [31. 3. 2023].

In der Rückschau drängen sich der überparteiliche Konsens und der ökologische Überbietungswettbewerb der späten 1960er Jahre als Ausgangspunkt für eine solche historische Analyse auf. Warum konnte ein so bahnbrechendes Gesetz wie der National Environmental Policy Act verabschiedet werden, ohne auf signifikanten politischen, gesellschaftlichen oder industriellen Widerstand zu treffen? Die trügerische Abwesenheit von Widerstand kann uns helfen, die Genese von *Anti-Environmentalism* zu verstehen.

Dieses Buch unternimmt auch den Versuch, so nah wie möglich an die Menschen hinter dem Protest heranzukommen. Am Beispiel der erfolgreichen Biologin und späteren Gouverneurin Dixy Lee Ray wird rekonstruiert, welche persönlichen Erfahrungen, privaten Verletzungen und politischen Verschiebungen sie zu einer der prominentesten Leugnerinnen des Klimawandels und damit zu einer Ikone in der antiökologischen Bewegung gemacht haben. Hier erkennt man die Genese des amerikanischen *Anti-Environmentalism* als Geschichte einer schmerzhaften und auch tragischen Entfremdung einer gut ausgebildeten, ökologisch informierten und kommunikativ talentierten Naturwissenschaftlerin von der Umweltbewegung.

Versucht man, die Eskalation ökologischer Auseinandersetzungen zu verstehen, muss man wiederum an die Orte reisen, an denen Natur- und Umweltschutz umgesetzt werden. Ein wesentlicher Teil dieses Buches spielt deshalb im amerikanischen Nordwesten und erklärt am Beispiel des Artenschutzes, wie aus einem lokal zunächst begrenzten Streit um den Schutz einer Eulenart in Oregon in den 1970er Jahren ein nationaler Konflikt werden konnte, der schließlich fast das gesamte Kabinett der amerikanischen Bundesregierung beschäftigte. Kern der Debatte war die Frage, was nötig sei, um eine Tierart vor dem Aussterben zu schützen, und welchen ökonomischen und sozialen Preis die amerikanische Gesellschaft bereit war, dafür zu zahlen. Der Aushandlungsprozess um eben diese Fragen war in vielerlei Hinsicht exzeptionell: in seiner Dauer, seiner politischen Aufladung, der medialen Aufmerksamkeit, der Bindung öffentlicher, wissenschaftlicher und rechtlicher Ressourcen. Im Kontext dieser Untersuchung zeigt der Fall, welche Rolle unmittelbare soziale und ökonomische Betroffenheit beim Aufstieg des *Anti-Environmentalism* spielten. Und der Fall hilft, sich von einem Narrativ zu lösen, das den Ausbau von Umweltschutz als Win-win-Situation beschreibt, an dessen Ende vermeintlich eine höhere Lebensqualität für alle steht. So droht zuweilen aus dem Blick zu geraten, in welchem Maße es sich auch

bei der ökologischen Frage um einen Machtkonflikt handelte, der soziale Verliererinnen und Verlierer produzierte.<sup>8</sup>

Am Ende der 1980er Jahre drohte dieser politische Konflikt um die ökologische Frage an manchen Orten des Landes zu eskalieren – aber noch handelte es sich um einen (extrem aufgeheizten) Aushandlungsprozess. Diesen brach die amerikanische Rechte in den 1990er Jahre einseitig ab. Und so landet man schließlich in der unmittelbaren Vorgeschichte unserer Gegenwart: beim Kampf der konservativen Bewegung gegen Klimaschutz, der eine ganz spezifische Aktualität besitzt und dennoch konsequent historisiert werden muss. Nicht nur, weil es sich um die größte ökologische Frage unserer Zeit handelt, sondern auch, weil die Debatte um die globale Erwärmung seit den 1970er Jahren eine weitere Facette des *Anti-Environmentalism* sichtbar macht: Widerstand gegen Naturschutz als Kernbestandteil eines breiteren politischen Projekts. Die Ablehnung von Umweltschutz kam dabei größtenteils ohne persönliche Kränkungen oder unmittelbare sozioökonomische Betroffenheit aus. Hier wird ein *Anti-Environmentalism* sichtbar, der keine Anstalten mehr unternahm, einen sachlichen Bezug zur ökologischen Frage herzustellen, sondern seine Kraft allein aus dem Feindbild Umweltbewegung bezog.

Wo, wann und warum formierten sich diese Widerstände gegen Umweltschutz, die sich in ein größeres Projekt des konservativen oder antiprogessiven *Anti-Environmentalism* einschrieben? Die Suche nach Antworten auf diese Frage begann für mich in Yorba Linda, einem Vorort südlich von Los Angeles, wo man im Keller der Presidential Library von Richard Nixon verstehen kann, warum ausgerechnet dieser Präsident zum Gründervater des modernen *Environmental Management State* wurde. In Sichtweite von den Rocky Mountains, auf dem Campus der University of Denver in Colorado wiederum, findet man den Nachlass des demokratischen Abgeordneten Wayne N. Aspinall, eines der wichtigsten Gegenspieler der Umweltbewegung in den 1960er Jahren. Seine Briefe und

---

8 Zur Bedeutung dieser Auseinandersetzung vgl. z. B. Dietrich, *Forest*, S. 28 f.; sowie Yaffee, *Wisdom*, S. ix. Auch im popkulturellen Gedächtnis der USA spielt diese Eule eine prominente Rolle. Etwa in der Serie *The West Wing*, in der die politischen Berater des fiktiven Präsidenten Bartlet versuchen, zu verhindern, dass der Präsident als Unterstützer der *Spotted Owl* wahrgenommen wird («On the day before», Staffel 3, Episode 4). Oder auch in der Folge »Mrs Lisa Goes to Washington« der Serie *The Simpsons* (Staffel 3, Episode 2, erstmals ausgestrahlt 26. 9. 1991).

Notizen helfen zu verstehen, warum der National Environmental Policy Act ohne großen Widerstand vom Kongress angenommen wurde.<sup>9</sup>

Auf dem Campus der Stanford University befindet sich das Archiv der Hoover Institution, wo der umfangreiche und bisher kaum beachtete Nachlass von Dixy Lee Ray gelagert wird. Ihre Briefe, Notizen, Reden sowie ihre private Materialsammlung machen es möglich, die Momente zu identifizieren, in denen die Beziehung der Biologin zur Umweltbewegung zerbrach und in aggressive Antipathie umschlug. Eine Autostunde entfernt, auf der anderen Seite der San Francisco Bay, sammelt das Archiv der staatlichen Berkeley University die Materialien diverser Naturschutzorganisationen, auf deren Grundlage es möglich ist, die Perspektive auf Ray und ihre Mitstreiter im Kampf gegen Umwelt- und Klimaschutz zu rekonstruieren.

Reist man von dort die Küste hoch Richtung Norden, landet man in der kleinen Universitätsstadt Corvallis, umgeben von den Wäldern Oregons. An der Oregon State University studierten und forschten in den 1970er und 1980er Jahren viele der Menschen, die später in den unterschiedlichsten Rollen in den Kampf um den Schutz der *Old-Growth*-Wälder verwickelt waren. Sie haben ihre privaten und beruflichen Unterlagen in die Hände der Archivare ihrer Alma Mater gegeben: Der Wissenschaftler Bruce Marcot, der sich Zeit seines Lebens für den Schutz der Eule einsetzte, oder die Landespolitikerin Liz VanLeeuwen, die wie kaum eine andere für die Abholzung der *Old-Growth*-Wälder im Nordweste kämpfte. Darüber hinaus haben die Archivare der Oregon State University eine eigenständige Sammlung angelegt, in der die Nachlässe einflussreicher Atomphysiker aufbereitet werden. Dazu gehört auch John C. Ringell, der in den 1970er und 1980er Jahren für eine Wiederbelebung der Atomenergie kämpfte – dieses Material hilft einem sehr dabei, die amerikanische Debatte um eine Energiewende besser zu verstehen.

Noch weiter nördlich, am Stadtrand von Seattle, lagern in einer Zweigstelle der National Archives die Akten des U.S. Forest Service, des National Park Service und des Bureau of Landmanagement. Diese drei Behörden standen im Zentrum der Auseinandersetzung um die *Northern*

---

9 Vor allem die Akten von John Whitaker, einem der engsten innenpolitischen Berater Nixons, sowie die Bestände des Advisory Council on Executive Organization, das die administrative Umgestaltung der Umweltpolitik und die Gründung einer Umweltschutzbehörde begleitete, liefern Einblicke in das Kalkül der republikanischen Administration bei der Verabschiedung des NEPA.

*Spotted Owl* und es war ihre Aufgabe, eine konkrete administrative Lösung für den Interessenkonflikt zwischen Holzwirtschaft und Artenschutz aufzutragen zu finden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Behörden wurden so zum Adressaten Tausender Briefe und Petitionen, in denen Amerikanerinnen und Amerikaner ihre Meinung zu der Auseinandersetzung um Artenschutz äußerten. All diese Zuschriften wurden von den Beamten geöffnet, sortiert und schließlich in versiegelten Boxen an die National Archives übergeben – um dann Jahrzehnte später erstmals für diese Studie wieder aus dem Lager geholt zu werden. Die Menge und Vielfalt der Zuschriften sind überwältigend. In den verstaubten Kisten findet man sorgfältig verfasste handschriftliche Briefe auf elegantem Papier mit der kurzen Bitte, die Eule zu schützen und die unangenehme Streiterei endlich zu beenden; seitenlange, abgetippte und mit Verweisen versehene Abhandlungen darüber, warum ein gesunder Wald ökonomisch genutzt werden muss; Mappen mit Kinderzeichnungen von putzigen Eulen und finsternen Holzfällern, eingeschickt von Schulklassen aus dem ganzen Land; Petitionen von Studierendengruppen, die das rechtliche Primat des NEPA in Erinnerung rufen; Notizen von Holzfällern in ungelinkter Handschrift, vielleicht am Küchentisch in großer emotionaler Aufruhr verfasst; aufgebrachte Briefe von lokalen Unternehmern, die mit Klage drohen, oder von Hobby-Ornithologen, die fordern, die Brutstätten von Vögeln besser zu schützen. Aus der Lektüre ergibt sich ein eindrückliches Bild davon, welche Argumentations- und Deutungsmuster sich in der Öffentlichkeit durchsetzten und wie sehr das Thema »Spotted Owl« in den 1980ern und frühen 1990ern polarisierte.

Dieses Bild lässt sich präzisieren, wenn man die gemeinnützige Forest History Society in Durham, North Carolina, besucht, die über Jahrzehnte eine beeindruckende Sammlung sehr unterschiedlicher Materialien aufgebaut hat. Neben Interviews mit wichtigen Akteuren wie etwa den Leitern des U. S. Forest Service (A. Dale Robertson, Jack Ward Thomas und George M. Leonard) findet man hier auch die Akten der Western Timber Association und eine Sammlung zeitgenössischer Presseberichte und wissenschaftlicher Arbeiten zum Konflikt um die *Northern Spotted Owl*. Mitglieder der Holzindustrie und der Medien kommen hier ebenso zur Sprache wie lokale Politikerinnen und Politiker, Umweltbewegte oder auch Förster.

Auf dem Anwesen der Familie du Pont tief im ländlichen Delaware befindet sich heute die Hagley Library mit dem angeschlossenen Center for the History of Business, Technology, and Society. Im womöglich käl-

testen Archiv Nordamerikas kann man die Unterlagen von Konzernen und Unternehmensverbänden wie der National Association of Manufacturers oder der U.S. Chamber of Commerce einsehen und bekommt so einen Eindruck davon, wie sich Arbeitgeber und Industrie auf den Aufstieg der Ökologie und die Entdeckung der Klimakrise einstellten (oder eine solche Adaption gerade verweigerten).

Schließlich bringt einen die Spurensuche immer wieder in die National Archives und die Library of Congress in Washington, D.C., und Maryland. Hier kann man nicht nur die Protokolle aller Ausschusssitzungen und Anhörungen vor dem Kongress zum Thema Klimaschutz, Treibhauseffekt, Energiewende, Artenschutz und zu zahlreichen anderen ökologischen Fragen studieren, man findet auch die internen Unterlagen der EPA und weiterer staatlicher Behörden und hat Zugang zu unzähligen regionalen und überregionalen Zeitungsarchiven.

Was ergibt sich am Ende aus einer solchen Spurensuche durch die Vereinigten Staaten? Hoffentlich ein Bild, das der Vielgestaltigkeit des Gegenstandes gerecht wird – und zugleich eine Deutung, die eines der zentralen politischen Konfliktfelder der vergangenen Jahrzehnte aufschließen und so helfen kann, Geschichte und Gegenwart von Umweltpolitik und Konservatismus zu erläutern.

Der Untersuchungszeitraum dieser Studie reicht von den späten 1960er bis in die nuller Jahre; die behandelten Konflikte und Entwicklungen folgen unterschiedlichen Dynamiken, sie alle spitzten sich aber in den 1990er Jahren zu. Dabei zeichnen sich deutliche Parallelen zu anderen gesellschaftlichen Fragen ab, entlang derer sich die wachsende politische Spaltung der USA und die Radikalisierung der konservativen Bewegung seit den 1960er Jahren vollzogen: der Kampf um Bürgerrechte, Teilhabe und Gerechtigkeit, um sexuelle Selbstbestimmung und Unversehrtheit, die Trennung von Staat und Religion oder die Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Es lassen sich aber auch signifikante Unterschiede erkennen: Deutlich länger als die meisten kulturellen und sozialen Streitthemen, die die amerikanische Gesellschaft seit ihrer Demokratisierung in den 1960er Jahren verhandelt hat, blieb das Thema Umweltschutz auffällig unberührt von den Fronten der Auseinandersetzung um das Wesen der amerikanischen Demokratie, die das Land heute spaltet. Wie lässt sich diese anfängliche Resistenz gegen die Dynamiken der Politisierung und Polarisierung erklären und wann und warum wurde der Moment erreicht, an dem sie aufgebraucht zu sein schien?

Dieses Buch rückt andere Akteure und Themen in den Mittelpunkt,

als es etwa die klassische Umweltgeschichte oder auch die Geschichte des amerikanischen Konservatismus bisher getan haben. Obwohl sich der Einfluss der Antiökologen auf die gesellschaftliche Debatte um Umweltschutz nicht leugnen lässt, wurden sie meist eher als randständiges Phänomen behandelt. Wechselt man jedoch die Perspektive, wird zunächst einmal deutlich, dass Widerstand gegen Umweltschutz nicht der Status quo vor dem Aufstieg der Umweltbewegung war. Auch wenn es vor dem (vermeintlichen) Siegeszug der Ökologie selbstverständlich unökologische Praktiken und Politiken gab, in Abgrenzung zu denen sich die Umweltbewegung formte, steht in diesem Buch ein anderes Phänomen im Vordergrund: die Genese von *Anti-Environmentalism* als politische Haltung und Projekt. Die Studie argumentiert, dass es sich hierbei einerseits um ein reaktives Phänomen handelte, das immer dann neuen Schwung aufnahm oder mit erhöhter Intensität vorangetrieben wurde, wenn die Umweltbewegung drohte, hegemonial zu werden; und andererseits aber eine eigenständige Dynamik entfaltete, bis es sich in seiner Entwicklung in den 1990er Jahren ganz den Logiken der Radikalisierung der konservativen Bewegung im Kampf gegen die Demokratisierung des Landes unterwarf.

Dieser Fokus fordert, dass man sich von einer Perspektive verabschiedet, die den Aufstieg der Umweltbewegung darüber zu erklären versucht, dass sie rational im Recht war oder ist. Nicht nur entspricht diese Deutung noch sehr stark der Selbstwahrnehmung zeitgenössischer Vertreterinnen und Vertreter der Umweltbewegung, für die der Erfolg der eigenen Forderungen vor allem eine Frage der Aufklärung war. Eine solche Perspektive macht es schwierig, Rückschläge wie den Abbau von Umweltschutz oder die Abnahme von Umweltbewusstsein zu erklären. Zum anderen verändert sich auch der Blick auf die Formierung des Konservatismus als politischer Bewegung und vor allem die Genese der gegenwärtigen Spaltung Amerikas, wenn man sich diesen Themen von der Auseinandersetzung um Umweltschutz aus nähert. Denn Umweltschutz, verstanden als *conservation*, als bewahrend, als Mittel gegen eine aus der Balance geratene Modernisierung, war durchaus anschlussfähig in der konservativen Bewegung – vor allem dann, wenn davon keinerlei Bedrohung für die etablierten ethnischen und kulturellen Hierarchien ausging. Und trotzdem konnte die ökologische Frage sich nicht dauerhaft den Dynamiken der Radikalisierung entziehen und wurde schließlich sogar zu einem besonders umkämpften Schlachtfeld der sogenannten *culture wars*. Erst wenn man die Geschichte der Umweltbewegung

und des Konservatismus verknüpft, wird diese Entwicklung verständlich und die historische Bedeutung der antiökologischen Bewegung für die jüngere politische und Gesellschaftsgeschichte der USA sichtbar.<sup>10</sup>

An dieser Stelle drängen sich ein paar Überlegungen zu den Begrifflichkeiten auf. Es gibt Formulierungen, deren Bedeutung in der Übersetzung verloren geht und die deshalb an manchen Stellen im englischen Original verwendet werden. Das gilt besonders für den Begriff *Environmentalism*, der gleichzeitig Umweltbewusstsein und Umweltbewegung meint und auch in dieser Breite verwendet wird. Etwas komplizierter ist es bei dem Begriff *Anti-Environmentalism*, der im Mittelpunkt dieser Arbeit steht, obwohl sein doppelter Charakter als Quellenbegriff und analytisches Hilfskonstrukt einige Probleme mit sich bringt. Er wurde zum einen von den Vertreterinnen und Vertretern der Umweltbewegung verwendet, die vor allem ab den frühen 1990er Jahren versuchten, auf diese Weise ihre Gegnerinnen und Gegner zu markieren beziehungsweise zu entlarven.<sup>11</sup> Der Begriff *Anti-Environmentalism* suggeriert darüber hinaus, dass es sich um eine eigenständige soziale Bewegung gehandelt habe, die vergleichbar originär gewesen sei wie die zwar auch äußerst heterogene, aber zumindest in ihrer grundsätzlichen Zielsetzung vereinte Umweltbewegung. Beschreibt man allerdings den Widerstand gegen Umweltschutz als soziale Bewegung, geht damit meist ein einseitiger Fokus auf Aktivistinnen und Aktivisten einer vermeintlichen Graswurzelbewegung einher. Demgegenüber rücken wesentliche Aspekte und Elemente dieser politischen Kraft zu sehr in den Hintergrund – vor allem nämlich die ökonomischen Interessen, die damit verknüpft waren, und die Steuerung durch eine politische Elite.<sup>12</sup> Gleichzeitig suggeriert

---

10 Deutlich wird das etwa bei Gaylord Nelson, einer der wichtigsten Figuren der amerikanischen Umweltbewegung, der den Erfolg des *Earth Day* 1980 folgendermaßen kommentierte: »To anyone who has paid attention, it is clear that the environmental movement now is far stronger, far better led, far better informed, and far more influential than it was ten years ago. Its strength grows each year because public knowledge and understanding grow each year.« Zit. nach Vaughn, *Environmental Politics*, S. xiv.

11 Vgl. etwa Deal, *Greenpeace Guide*; The Wilderness Society (Hg.), *Strategic Analysis*. Vgl. auch die umfassenden investigativen Recherchen des Journalisten Helvarg, *War Against the Greens*.

12 Vgl. zur engen Vernetzung der antiökologischen Graswurzelorganisationen Jacques/Dunlap/Freeman, »Organisation of Denial«; sowie Deal, *Greenpeace Guide*, S. 10 f.

der Begriff *Anti-Environmentalism* eine Einheit, die es vor allem zu Beginn nicht gegeben hat. Die Motive, Strategien und Interessen derjenigen, die sich in Opposition zur Umweltbewegung und -politik stellten, waren lange ebenso divers wie die geografischen Orte und Zeitpunkte, an denen das Phänomen in Erscheinung trat. Dennoch hilft der Begriff als analytisches Konstrukt dabei, den Untersuchungsgegenstand zu identifizieren, denn er hat eine große Stärke: Er macht deutlich, dass es bei *Anti-Environmentalism* im Kern um eine Abgrenzung ging, um die Ablehnung und Abwehr dessen, was mit dem Label »Environmentalism« assoziiert wurde. Der politische und dezidiert antagonistische Charakter des Phänomens wird so erkennbar.

Bei diesem Buch handelt es sich nicht um eine umwelthistorische Studie im klassischen Sinne, denn Fragen, die für diese Subdisziplin von elementarer Bedeutung sind, werden allenfalls gestreift: Das Umweltverständnis oder der Naturbezug einzelner Akteure stehen nicht im Zentrum der Analyse, auch nicht das Umweltbewusstsein konservativer Protagonisten. Mit letzterem Phänomen setzt sich die Studie immer nur dann auseinander, wenn es dabei hilft, die Abkehr der Republikanischen Partei vom Thema Umweltschutz zu erklären. Diese Momente – wenn es etwa um das Umweltbewusstsein der konservativen Gründerfigur Barry Goldwater in den 1960er Jahren oder später um die ökologischen Aufbrüche der ersten Bush-Administration geht – sind wichtig, weil sie verdeutlichen, dass die konservative Bewegung nicht zwangsläufig zur Heimat des *Anti-Environmentalism* werden musste, sondern ihre Akteure immer wieder vor die Entscheidung gestellt wurden, ob sie den Kampf gegen die Umweltbewegung zu ihrem Projekt und zum Kernbestandteil ihrer politischen Identität machen sollten oder nicht.<sup>13</sup>

Eine Geschichte des amerikanischen *Anti-Environmentalism*, wie sie hier erzählt wird, balanciert permanent auf der Schnittstelle zwischen einer Geschichte der Umweltpolitik und der Geschichte der conserva-

---

13 Vgl. zu klassischen Fragen und dem Kernerkenntnisinteresse der Umweltgeschichte Arndt, »Umweltgeschichte, Version: 3.0«. Die Beziehung zwischen amerikanischem Konservatismus und Umweltschutz wurde 2006 von J. Brooks Flippin untersucht. Ihm ging es allerdings darum, aufzuzeigen, dass sich auch Konservative für den Schutz der Umwelt einsetzten. Vgl. Flippin, *Conservative Conservativists*. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt das 2013 erschienene Buch von Brian Allen Drake, in dem dieser vielfältige Formen der Zusammenarbeit von Konservativen, Liberalen und der Umweltbewegung aufzeigt. Besonders gelingt dies Drake am Beispiel von Barry Goldwater. Vgl. Drake, *Loving Nature*.

tiven Bewegung. Die amerikanische Umweltgeschichte erlebt seit nunmehr knapp drei Jahrzehnten einen Boom.<sup>14</sup> Der Fokus lag dabei auf der Umweltbewegung selbst, ihren wichtigsten Akteuren, dem Aufstieg der Ökologie als Disziplin, den Entstehungszusammenhängen von Umweltbewusstsein und dem Aufbau staatlicher Strukturen in diesem jungen Politikfeld.<sup>15</sup> Die Zunahme von Umweltbewusstsein wurde dabei oft als logische Folge der Erfahrung von ökologischer Zerstörung beschrieben. Umgekehrt werden ökonomische Krisen oder Notsituationen oft als ausreichende Erklärung für ein Nachlassen ökologischer Initiativen gedeutet. Dabei hat sich ein Narrativ etabliert, bei dem Aufklärung und Engagement die Zunahme von Umweltbewusstsein und Naturschutz erklären und die ökologische Sache mit einer gewissen Unaufhaltsamkeit vorantreiben können.<sup>16</sup>

*Anti-Environmentalism* wird dann umgekehrt häufig als eine Ausgangssituation vor dem Aufstieg der Umweltbewegung und damit als Relikt einer präökologischen Zeit beschrieben. Widerstand gegen Umweltschutzmaßnahmen spielt also in der Umweltgeschichte weniger als eigenständiges politisches Projekt eine Rolle, sondern oft nur als die Hürde, die es für die Protagonistinnen und Protagonisten der jeweiligen Erzählungen zu überwinden galt. Auch aufgrund dieser eher geringen Bedeutung, die dem Phänomen zugeschrieben wird, bleibt der Blick auf diejenigen, die die Widerstände gegen Umweltschutzmaßnahmen trugen, meist oberflächlich: Im Zentrum stehen Industriekonzerne, die, an-

---

14 Ein guter Beleg dafür sind die Mitgliederzahlen der American Society for Environmental History auf ihrer Homepage.

15 Vgl. zum Thema Umweltbewusstsein: Nash, *Wilderness*; Wellock, *Preserving*; Worsster, *Nature's Economy*; ders., *Unsettled Country*. Zur Institutionalisierung von Umweltpolitik: Hays, *Beauty*; ders., *A History*; Gottlieb, *Forcing the Spring*; Rome, *Bulldozer*; Dunlap/Mertig, *American Environmentalism*; Lewis (Hg.), *American Wilderness*; Graham Jr. (Hg.), *Environmental Politics*; Turner, *Promise*.

16 Exemplarisch kommt das in der Überblicksdarstellung zum Ausdruck, die der Umwelthistoriker Samuel P. Hays zur amerikanischen Umweltpolitik nach 1945 vorgelegt hat. Zwar kritisiert er diese Tendenz einerseits: »One of the most curious features of contemporary environmental analysis is the limited focus on environmental opposition« (Hays, *A History*, S. 109). Gleichzeitig behandelt er aber die Widerstände gegen Umweltschutz auch nur in einem separierten Abschnitt. Vgl. Hays, *A History*, Kapitel 9: »The Environmental Opposition«, S. 109–121. Ähnliche Strukturen findet man auch bei jüngeren, ansonsten sehr überzeugenden Darstellungen wie etwa Gottlieb, *Forcing the Spring*. Auf diese Tendenz wies dann zuletzt noch einmal James Morton Turner hin: »Specter of Environmentalism«, S. 2.

getrieben von Profitinteressen, die Notwendigkeit von Umweltschutz bestritten. Darüber hinaus hätte die Angst vor einer weiteren Schwächung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und vor dem Verlust von Arbeitsplätzen in strukturschwachen Regionen Großindustrielle mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in ihrem Kampf gegen Umweltschutz vereint.<sup>17</sup> Manches an dieser Interpretation ist durchaus plausibel: etwa die Bedeutung, die den strukturellen Veränderungen zum Beispiel im Nordwesten der USA und den Veränderungen auf dem globalen Rohstoffmarkt zugesprochen wird. Allerdings zeichnet diese Perspektive auch ein Bild, das in seiner Eindeutigkeit problematisch ist. Bei der »environmental opposition« handelte es sich in dieser Lesart nämlich vor allem um eine von Industriellen finanzierte und gesteuerte Protestbewegung von uninformierten, fehlgeleiteten Modernisierungs- und Globalisierungsverliererinnen und -verlierern, die mit großem finanziellen und politischen Aufwand letzte Rückzugsgefechte führten.<sup>18</sup> *Anti-Environmentalism* wird so entweder zu einer manipulativen Kraft, deren Antrieb mit dem Hinweis auf ökonomische Interessen hinreichend erklärt sei, oder zu einem statischen, ahistorischen Phänomen, dem keine weitere Bedeutung zugeschrieben wird, weil das eigentlich Neue und Erklärungsbedürftige der *Environmentalism* selbst gewesen sei.<sup>19</sup> Beide Deutungen räumen dem Phänomen also keinen historischen Eigenwert ein und tun sich schwer damit, die Genese von Widerständen gegen Umweltschutz zu erklären und ihren gesellschaftlichen und politischen Ort genauer zu bestimmen.

Die historische Konservatismusforschung hat bisher ebenfalls wenig Interesse am *Anti-Environmentalism* gezeigt – obwohl er inzwischen als wesentlicher Bestandteil republikanischer Programmatik und Identität benannt wird. Die Ablehnung von Umweltschutz wird meist nur der Vollständigkeit halber erwähnt, darüber hinaus aber nicht weiter befragt.<sup>20</sup> Diese Vernachlässigung hängt eng mit der Entwicklung der

---

17 Hays, *A History*, S. 109 f.

18 Einen Versuch, dieser Tendenz nicht zu folgen, hat der Umwelthistoriker James Morton Turner 2012 vorgelegt. In seinem Buch *Promise of Wilderness* untersucht Turner die amerikanische Naturschutzpolitik nach 1964 und integriert die Widerstände gegen Naturschutzgebiete in seine Geschichte. Hauptgegenstand und vor allem Perspektive bei der Untersuchung seiner beiden Fallstudien bleibt allerdings die Umweltschutzbewegung.

19 Vgl. Oreskes/Conway, *Doubt*.

20 Eine wichtige Ausnahme ist die 2022 erschienene Untersuchung *Partisans* der Historikerin Nicole Hemmer, die die Veränderungen der Republikanischen Partei in

Konservatismusforschung in den USA zusammen. Tatsächlich schien es Mitte der 2010er Jahre für einen kurzen Moment so, als sei die Geschichte der amerikanischen Rechten auserzählt.<sup>21</sup> Nun ist es genau dieses Forschungsfeld, das seit 2016 heftig in die Kritik geraten ist (und intensive Selbstkritik betreibt). Der überraschende Sieg von Donald Trump hat die amerikanische Zeitgeschichte in Aufruhr versetzt, denn ihre Erzählungen über den Aufstieg der sogenannten *new right* und die Etablierung eines *modern conservatism* in den USA seit den 1950er Jahren sahen eine Radikalisierung der Republikaner, wie wir sie heute erleben, nicht vor und boten somit zunächst wenig historische Orientierung bei der Einordnung der Entwicklungen. Offen bekannten sich prominente Kenner der amerikanischen Rechten nach der Wahl 2016 zu ihrer Ratlosigkeit. Rick Perlstein, einer der wichtigsten Chronisten der konservativen Bewegung, fragte in einem mehrseitigen Feature im *New York Times Magazine*: »If Donald Trump is the latest chapter of conservatism's story, might historians have been telling that story wrong?«<sup>22</sup>

Wahrscheinlich ja, lautet die Antwort. Und die Erklärung dafür ergibt sich aus der Entwicklung des Feldes selbst. Die Initialzündung setzte 1994 der New Yorker Historiker Alan Brinkley in der *American Historical Review*, indem er einen schweren Vorwurf gegen seine Kolleginnen und Kollegen erhob: Das Fach habe den amerikanischen Konservatismus wie ein Stiefkind behandelt. Zu oberflächlich sei die Beschäftigung mit

---

den 1990er Jahren skizziert und dabei auch auf Helen Chenoweth eingeht, eine der lautstärksten Antiökologinnen der republikanischen Kongressfraktion. Hemmer, *Partisans*, S. 141–161. Vgl. ansonsten die Bestandsaufnahme von Phillips-Fein, »Conservatism«.

- 21 Vgl. u. a. Bjerre-Poulsen, *Right Face*; Klatch, *Generation Divided*; McGirr, *Suburban Warriors*; Kalman, *Right Star*; Schulman/Zelizer (Hg.), *Rightward Bond*; Vaïsse, *Neo-conservatism*; Phillips-Fein, *Invisible Hands*; Farber, *Rise and Fall*; Schoenwald, *Time for Choosing*.
- 22 Perlstein, »I Thought I Understood«. Perlsteins Überlegungen sind auch deshalb so aufschlussreich, weil seine vierbändige Chronik maßgeblich zur Historisierung der konservativen Bewegung beigetragen hat. In *Before the Storm* (2001) beschreibt er den Aufstieg von Barry Goldwater, der Gründungsfigur des amerikanischen Konservatismus; sieben Jahre später veröffentlichte er mit *Nixonland* eine detaillierte und sprachlich beeindruckende Erzählung der Nixon-Jahre, die breit rezipiert und gelobt wurde; 2014 folgte dann mit *The Invisible Bridge* der Versuch, den Wiederaufstieg der Republikanischen Partei nach Watergate und den Wahlsieg Reagans zu erklären; und 2020 veröffentlichte Perlstein den vorerst letzten Band *Reaganland*, in dem er unter den Eindrücken der Trump-Präsidentschaft die Hochphase des amerikanischen Konservatismus einzuordnen versucht.

dieser wichtigen politischen Kraft bis dahin gewesen, deren Akteure im Gegensatz zu den Figuren der liberalen sozialen Bewegungen von der historischen Zunft systematisch marginalisiert und als irrational und irrelevant unterschätzt worden seien. Der Grund für diese Blindstelle sei politisch, so Brinkleys Verdacht: Die amerikanische Rechte sei den liberalen Geisteswissenschaften so fremd, dass sie keine Empathie für die Trägerinnen und Träger aufzubringen vermochten und so an den Grenzen ihres eigenen historischen Vorstellungsvermögens scheiterten: »A problem of historical imagination.«<sup>23</sup>

Der Zeitpunkt dieser Kritik war nicht zufällig gewählt und weist unverkennbar Parallelen zu 2016 auf. Bei den *Midterm*-Wahlen im November 1994 gewann die Republikanische Partei in beiden Kammern des Kongresses zum ersten Mal seit den 1950er Jahren eine Mehrheit. Die Zeitgenossen wurden Zeuge einer *Republican Revolution*. Angestachelt von diesen politischen Verschiebungen und Brinkleys kritischer Intervention, entstanden in den nächsten zwei Jahrzehnten zahlreiche Bücher, in denen Zeithistorikerinnen und Zeithistoriker den Aufstieg der Neuen Rechten zu erklären versuchten. Der Fluchtpunkt dieser Studien war dabei Reagans Wahlsieg 1980 und der Beginn der Reagan-Ära. Diese Forschung zeigte sich nun ostentativ empathisch gegenüber den konservativen Aktivistinnen und Aktivisten. Mithilfe zahlreicher Interviews wurden die Motive ihres politischen Engagements rekonstruiert, ihre Erfolge beschrieben und die Netzwerkstrukturen analysiert. Auf dieser Grundlage formte sich eine spezifische Erzählung vom Aufstieg des modernen Konservatismus heraus, der nun als *backlash* und *counterrevolution* beschrieben wurde. Es entstand das Bild einer zumindest nachvollziehbaren und vielleicht sogar gerechtfertigten Gegenbewegung gegen einen immer weiter ausgreifenden Staat, gegen sich radikalisierende soziale

---

23 Brinkley, »Problem of American Conservatism«, S. 429. 1998 veröffentlichte Brinkley den Aufsatz in leicht abgewandelter Form noch einmal als Kapitel seines Buchs *Liberalism and its Discontents*. Und Brinkley war nicht allein mit seiner Kritik. Sein Kollege Leo Ribuffo stellte eine ganz ähnliche Frage: »Why is there so much conservatism in the United States and why do so few historians know anything about it?« Ribuffo, »Why Is There so Much Conservatism«, S. 438. Auch Michael Kazin hatte zu einem früheren Zeitpunkt schon einmal ähnlich argumentiert: vgl. Kazin, »The Grass-Roots Right«, S. 136. Und tatsächlich existierte zu Beginn der 1990er Jahre nur eine umfassende historische Darstellung zum amerikanischen Konservatismus von George Nash aus den 1970er Jahren. Nash, *Conservative Intellectual Movement*.

Bewegungen und einen »abgehobenen Liberalismus«. Die Visionen von Theodore Roosevelt, John F. Kennedy, Lyndon B. Johnson und den anderen Vätern des sogenannten *liberal consensus* seien zu weit gegangen, die Veränderungen zu drastisch und zu schnell vorangeschritten und hätten so zwangsläufig Widerstände provozieren müssen. Afroamerikanische Beobachterinnen und Beobachter sahen das in der Tat etwas anders – wurden aber nicht im gleichen Umfang befragt. Es war die Perspektive des weißen Amerikas auf die politischen Verschiebungen, die zunächst in die Geschichtsbücher eingeschrieben wurde.<sup>24</sup>

In den Jahren 2010/11 kam es zu einer ersten umfassenden Evaluation dieser Forschung. Der Historiker Julian Zelizer kam zu dem Schluss, dass die Bedeutung der Neuen Rechten über- und die Beharrungskräfte des amerikanischen Liberalismus unterschätzt worden seien. Wenn die vorangegangenen zwei Jahre seit dem Wahlsieg von Barack Obama 2008 eines gezeigt hätten, dann das, dass die Republikaner und die konservative Bewegung in Auflösung begriffen seien. Vor lauter Empathie hätten Zeithistorikerinnen und Zeithistoriker die inneren Konflikte der Bewegung aus den Augen verloren: all die Zugeständnisse, Anpassungsbewegungen und Kompromisse mit dem und an das liberale Amerika, auch in den Momenten, in denen die Republikaner nominell an der Macht waren. Die Zunft habe die Sollbruchstellen eines reaktionären Konservatismus übersehen, nun aber würden sich die »Grenzen des Aufstiegs der Rechten« deutlich abzeichnen.<sup>25</sup> Auch Zelizer verband seine Kritik mit einem Arbeitsauftrag. Es müsse jetzt darum gehen, die konservative Bewegung weniger monolithisch und homogen und stattdessen zerrissener darzustellen, denn nur so ließen sich die Ursachen für deren vermeintlichen Niedergang freilegen.

Zelizer hatte recht und unrecht zugleich. Tatsächlich schienen die Erfolgsaussichten einer Republikanischen Partei, die sich so sehr auf ihre konservative weiße Kernwählerschaft fokussiert hatte, angesichts einer sich demografisch diversifizierenden und liberalisierenden Gesellschaft zu schwinden; die Tatsache, dass die Republikaner außer-

---

24 Siehe als Auswahl von Studien aus den 1990er Jahren: Farber/Roche (Hg.), *Conservative Sixties*; Klatch, *Generation*; Diamond, *Roads to Dominion*; Schoenwald, *Time for Choosing*; McGirr, *Suburban Warriors*; Carter, *From George Wallace*; Hodgson, *The World*. Siehe zum Backlash-Narrativ und zu seiner politischen Wirkung: Glickman, »White Backlash«.

25 Zelizer, »Rethinking the History«, S. 387.

dem keine Wege zu kennen schienen, die Radikalisierung ihres rechten Rands in Form der Tea-Party-Bewegung zu bremsen, diente als weiteres Indiz für die mangelnde Zukunftsfähigkeit der Partei. Wahlen würden schließlich in der Mitte gewonnen. Die Wiederwahl von Barack Obama 2012 schien insofern endgültig zu belegen, dass die konservative Bewegung dabei war, sich mittelfristig selbst zu marginalisieren.

Doch dann gewannen die Republikaner 2016 die Wahl, ausgerechnet mit einem Kandidaten, der keinerlei Anstalten unternommen hatte, die wachsende Gruppe nicht weißer Wählerinnen und Wähler zu überzeugen oder die hohen Beliebtheitswerte progressiver Themen wie Klimaschutz zur Kenntnis zu nehmen. Die konservative Bewegung ist nicht untergegangen – trotz demografischen Wandels, trotz einer konstanten Liberalisierung der amerikanischen Gesellschaft. Für Historikerinnen und Historiker war das zuletzt Anlass, den Forschungsstand zur amerikanischen Rechten zu überprüfen. Tatsächlich erwies sich die Wahl 2016 als hochproduktiver Bruch, der einige grundlegende Neujustierungen zur Folge hatte, in deren Kontext auch diese Arbeit zu verstehen ist.<sup>26</sup>

Drei Tendenzen zeichnen sich dabei ab. Erstens spielten Rassismus beziehungsweise »racial resentment« bei der Motivbeschreibung konservativer Aktivistinnen und Aktivisten lange nur eine nachgeordnete Rolle.<sup>27</sup> Dies ändert sich nun auch in dem Maße, in dem die ethnische Homogenität dieser Bewegung nicht mehr ignoriert wird und zeitgenössische Strategien der Selbstlegitimation zunehmend historisiert anstatt reproduziert werden. Der Einsatz für *states' rights* und gegen *big government* wird nun direkter mit den politischen Verschiebungen in den 1960er Jahren in Verbindung gebracht, in deren Zuge die Bundesregierung zur Schutzherrin der Bürgerrechte wurde. Ganz ähnlich werden die Forderungen nach Steuersenkungen und dem Abbau spezi-

---

26 Sehr gute politikwissenschaftliche Neuerscheinungen zu diesem Thema, die in ihrer Analyse immer wieder auch eine historische Perspektive einnehmen: Mason, *Uncivil Agreement*; Levitsky/Ziblatt, *How Democracies Die*. Historische Arbeiten, die einen wichtigen Beitrag zur Neubewertung der Geschichte des US-amerikanischen Konservatismus leisten: Kabaservice, *Rule and Ruin*; Lawrence, *Class of '74*; Rosenfeld, *The Polarizers*; Hartman, *War for the Soul*; Spruill, *Divided We Stand*; Rosenwald, *Talk Radio's America*. Die Bedeutung eines intellektuellen Konservatismus hat John Ganz prägnant analysiert in: »Finding Neverland«. Ganz war auch einer der Ersten, der nach 2016 die Bedeutung von David Duke und Pat Buchanan als Vorläufer von Donald Trump in einem langen Essay beschrieb: »The Year«.

27 Eine Ausnahme war Carter, *From George Wallace*.

fischer sozialstaatlicher Maßnahmen inzwischen präziser analysiert: Es tritt nun ganz offen zutage, dass der Wohlfahrtsstaat von weißen Amerikanerinnen und Amerikanern vor allem dann kritisiert wurde, wenn seine Maßnahmen auch marginalisierten Gruppen zugutekamen, die als »unworthy« wahrgenommen wurden.<sup>28</sup> Auch Begrifflichkeiten wie etwa »radical right« oder »far right« werden neu reflektiert. Angesichts der Bedeutung, die Rassismus und weiße Hegemonie für die amerikanische Geschichte hatten und haben, scheint es zunehmend irreführend, diese Phänomene nur am rechten Rand des politischen Spektrums zu verorten, statt sie als zentrale Elemente der Geschichte des modernen Konservatismus ernst zu nehmen.<sup>29</sup>

Auch die Vorstellung, dass eine liberale Überspannung als plausible Erklärung für die Aggressivität rechter Kräfte dienen könne, es sich also um einen *backlash* handelte, wird nun zunehmend kritisiert – das ist die zweite Tendenz der Neuvermessung des Konservatismus und der Neuen Rechten. Diese Deutung verschob den Fokus weg von den Rechtsansprüchen und Forderungen marginalisierter Gruppen hin zu den Befindlichkeiten weißer Demonstrantinnen und Demonstranten in den Vororten. Zwar war rechter Protest in hohem Maße reaktiv, etwa im Kampf gegen die Desegregation von Schulen oder die Verabschiedung des Equal Rights Amendments, das die Gleichstellung von Mann und Frau in der amerikanischen Verfassung festschreiben sollte. Stärker als zuvor wird nun aber der Versuch unternommen, diese Deutung selbst, die immer auch bereits zeitgenössisch sowohl als Erklärung wie auch Legitimation des eigenen Handelns diente, zu historisieren. Dabei wird sichtbar, dass dieses Narrativ fast exklusiv für weiße Protestgruppen in Stellung gebracht wird. Die Bürgerrechtsproteste oder die Frauenbewegung etwa werden so gut wie nie als *backlash* gegen Gewalt und Unterdrückung beschrieben. Das hat den intendierten oder unintendierten Effekt, dass auch niemand außerhalb dieser progressiven Bewegungen und der in ihnen organisierten Gruppen die Verantwortung für die Folgen der Proteste (z. B. »Unruhe« und Polarisierung) übernehmen muss – schließlich wurde der Protest von niemandem »provoziert«. Die Erzählung vom

---

28 Vgl. Kruse/Zelizer, *Fault Lines*; Klein, *Polarized*; Skocpol/Williamson/Coggin, »Tea Party«.

29 Diese Fragen waren u. a. Thema auf einer der größten HistorikerInnen-Konferenzen seit 2016 an der Purdue University. Vgl. dazu *Remaking American Political History*, 6. – 7. 6. 2019.

*backlash* scheint untrennbar mit der Verteidigung weißer Privilegien und bestehender Machtstrukturen verbunden zu sein.<sup>30</sup>

Nachdem Trump anfänglich als Bruch in der Geschichte der Republikaner interpretiert wurde, setzte sich, drittens, am Ende seiner Amtszeit angesichts seiner politischen Bilanz und der Tatsache, dass sich die konservativen Kräfte beinahe einhellig hinter ihm versammelt haben, die Erkenntnis durch, dass seine Administration doch deutlich stärker republikanischer Orthodoxie folgte, als man zunächst glauben wollte – und auch stärker in den Kontinuitäten der amerikanischen Rechten zu verorten ist. Hier setzte auch Perlsteins selbstkritischer Blick auf die eigene Forschungsbiografie an. Bei ihrem Versuch, rechte Haltungen und Aktivismus zu erklären, hätten er und seine Kolleginnen und Kollegen offen radikale Figuren und Institutionen wie etwa den republikanischen Politiker, Neonazi und ehemaligen Grand Wizard des Ku-Klux-Klan David Duke, die christlich-fundamentalistische John Birch Society oder Mobilisierungsstrategien, die offenkundig weißen Rassismus aktivierten, in ihrer jeweiligen Bedeutung für die konservative Bewegung marginalisiert – zugunsten gemäßiger Intellektueller wie William F. Buckley oder vermeintlich wertkonservativer Gruppierungen wie der *Christian Right*. Auf diese Weise sei die Geschichte des rechten Amerikas künstlich bereinigt, politisch sterilisiert worden. Doch nur eine solche Erzählung, die alle radikalen Elemente der Geschichte der konservativen Bewegung marginalisiert hatte, konnte von dem Wahlsieg Trumps überrumpelt werden.<sup>31</sup>

Auch Widerstände gegen Umweltschutz, vor allem in ihrer vermeintlich radikalsten und irrationalsten Form wie der Leugnung des Klimawandels, hatten lange keinen Platz in der amerikanischen Erzählung. Zu anachronistisch wirkten sie, ganz ähnlich wie Proteste gegen Parks, gegen Standards für sauberes Trinkwasser, gegen Artenschutz, gegen Tierwohl. Solange sie sich nicht dezidiert ökonomisch rationalisieren ließen, waren sie zu einem Schattendasein in der Zeitgeschichte verdammt. Doch eine Historisierung des *Anti-Environmentalism* darf nicht dabei stehen bleiben, dieses Phänomen zu exzeptionalisieren: Es gehört ins Zentrum der amerikanischen Politikgeschichte.

---

30 Vgl. Glickman, »White Backlash«.

31 Vgl. zur Bedeutung konservativer Intellektueller den Versuch einer historischen Neubewertung in Ganz, »Neverland«; zum Stellenwert radikaler Figuren wie Duke und Buchanan: ders., »The Year«.

# 1 Die Geburt des *Environmentalism*

## Die Anfänge des *Environmental Management State*: Von der *Progressive Era* bis in die 1960er Jahre

Das größte Problem waren die Schafe. Unersättlich trampelten sie durch die Wiesen und Heine des Yosemite-Tals. Wo man vorher atemberaubende Landschaften hatte bestaunen können, hinterließen sie kahles Ödland. John Muir, frisch eingewanderter Schotte und Naturforscher, beobachtete Ende des 19. Jahrhunderts entsetzt, wie die Regierung in seiner Wahlheimat Kalifornien tatenlos bei dieser Zerstörung einzigartiger Natur zusah, und beschloss, etwas zu unternehmen.<sup>1</sup> Er lud einflussreiche Journalisten und Politiker ein, ihn auf seinen Wanderungen entlang des Merced River und durch die Tuolumne-Auen zu begleiten. So wollte er sie davon überzeugen, dass man diese Landschaften schützen musste. Er schrieb eindringliche Briefe an den Kongress und gründete 1892 die erste Naturschutzorganisation der Vereinigten Staaten, den Sierra Club. Das war der Anfang einer Bewegung, die den Umgang mit Natur, den die ersten Siedlerinnen und Siedler auf dem nordamerikanischen Kontinent etabliert hatten, grundsätzlich infrage stellte: Eroberung, Besiedlung und schließlich ökonomische Nutzung sollten nicht länger der einzige Sinn und Zweck der Wälder, Täler und Wiesen Nordamerikas sein.

Der junge amerikanische Staat hatte zu dieser Zeit ein Luxusproblem: Er hatte sehr große Flächen Boden an sich gerafft und musste nun einen Weg finden, diese zu verwalten. Die Verfassung definierte dieses Land zunächst als Eigentum der amerikanischen Staatsbürgerinnen

---

1 Vgl. hierzu Muir, »Features«.

und Staatsbürger. Der Bundesregierung kam die Rolle einer Treuhänderin zu, deren primärer Auftrag, da waren sich die Zeitgenossen unausgesprochen einig, die ökonomische Nutzung war, die durch Privatisierung oder die Vergabe staatlicher Lizenzen zu fördern sei.<sup>2</sup> Der Verkauf dieses Landes blieb über lange Zeit eine der wenigen Einkommensquellen, die der Bundesregierung zur Verfügung standen. Allerdings schritt die Privatisierung regional sehr unterschiedlich voran. Diese Dynamik spiegelt sich bis heute in der extrem ungleichen Verteilung staatlicher Flächen wider. Im Mittleren Westen etwa vollzog sich dieser Prozess im Laufe des 19. Jahrhunderts zügig. Gebiete östlich des Mississippi wurden über Jahrzehnte sukzessive an die Staaten übertragen oder direkt an Einzelpersonen oder Unternehmen verkauft. Heute besitzt die Bundesregierung nur noch vier Prozent der Fläche in diesem Teil der USA. Ganz anders sieht es im nördlichen Westen aus, dessen Landschaften aufgrund der dichten Wälder und Gebirge lange Zeit als äußerst unattraktiv galten. Als landwirtschaftliche Nutzflächen schieden sie aus. Auch die Besiedlung und selbst der Aufbau einer rudimentären Infrastruktur waren mühsam. Die Privatisierung und Umverteilung an die Einzelstaaten kamen nur schwer in Gang, das Interesse an diesen Grundstücken hielt sich in Grenzen und so blieben die Wälder des Westens länger als andere Flächen im Besitz der Bundesregierung.<sup>3</sup>

Mit John Muir und anderen engagierten Naturschützerinnen und Naturschützern änderte sich um 1900 der politische Umgang der Bundesregierung mit öffentlichen Flächen. Es entstand die *conservation movement*, die sich für eine schonende Nutzung von natürlichen Ressourcen einsetzte.<sup>4</sup> John Muir, »the prophet of the nature-lovers«, forderte in seinen Büchern zu einem Umdenken auf.<sup>5</sup> Detailliert beschrieb er die Vielfalt und atemberaubende Schönheit der amerikanischen

---

2 Siehe die sogenannte *property clause* in der US-amerikanischen Verfassung (article 4, section 3, clause 2).

3 Vgl. Abbott, »Federal Presence«. Bis heute verwaltet die Bundesregierung knapp die Hälfte der Flächen in den Einzelstaaten des Nordwestens.

4 Das Wort »conservation« wird im Deutschen üblicherweise mit Naturschutz übersetzt.

5 Zitat s. Penick, »Progressives«, S. 125. Vgl. zur Geschichte der Besiedlung des amerikanischen Westens, der *Frontier*-Bewegung und dem sich daraus ergebenden spezifischen Naturverständnis: Milner/O'Connor/Sandweiss (Hg.), *History*; und hieraus v. a. den Beitrag von Bogue, »Agricultural Empire«; sowie Abbott, »Federal Presence«.

Landschaften und beklagte ihre Zerstörung durch die Industrie: »Any fool can destroy trees. They cannot defend themselves or run away. [...] God has cared for these trees [...]; but he cannot save them from sawmills and fools; this is left to the American people.«<sup>6</sup> Neben Muir war vor allem der wohlhabende Forstwissenschaftler und spätere Direktor des Forest Service Gifford Pinchot einflussreich. Ähnlich wie Muir war er fest davon überzeugt, dass dem bestehenden Laissez-faire-Regime im Umgang mit staatlichen Ländereien und natürlichen Ressourcen dringend Grenzen gesetzt werden müssten – auch wenn auf diese Weise die Marktwirtschaft und der Zugang zu staatlichem Land eingeschränkt würden. Anders als Muir ging es Pinchot allerdings nicht in erster Linie darum, die Natur in ihrer ursprünglichen Schönheit zu bewahren, sondern um die schonende, geplante und effiziente Nutzung natürlicher Ressourcen.<sup>7</sup>

Pinchots Einfluss lässt sich kaum überschätzen. Als Kind von New Yorker Großgrundbesitzern war der Umgang mit Land für ihn ein vertrautes Thema; später wurde er zur Ausbildung nach Europa geschickt. Hier traf er die beiden deutschen Förster Dietrich Brandis und William Schlich, die im Namen der britischen Krone die Abholzungen in Indien und anderen Kolonien organisierten. Von ihnen lernte Pinchot die Grundsätze einer modernen Forstwirtschaft kennen, bei der mithilfe akribischer Datenerhebungen, langfristiger Planung und scharfer Kontrollen Abholzungen reguliert werden sollten und Raubbau verhindert werden sollte – immer in der Hoffnung, Gewinne langfristig zu maximieren. Pinchot brachte diese neuen Ansätze nach Nordamerika.<sup>8</sup>

Während der Präsidentschaft von Theodore Roosevelt in den 1910er Jahren entwickelten auch die Bundesregierung, Teile der amerikanischen Zivilgesellschaft sowie zahlreiche Unternehmer eine Ahnung von der Endlichkeit der bis dahin schier unerschöpflich erscheinenden natürlichen Ressourcen auf dem Kontinent.<sup>9</sup> Die Besiedlung dieser »neuen

---

6 Muir, »Save the Redwoods«.

7 Vgl. hierzu: Pinchot, *Breaking New Ground*, u. a. S. 32. Die dahinterstehenden Überlegungen gelten heute als Ausgangspunkte der Nachhaltigkeitslehre. Vgl. Balogh, »Scientific Forestry«, S. 198; sowie Cronon, »Landscapes of Abundance«.

8 Vgl. zur Biografie von Pinchot und seiner Ausbildung Balogh, »Scientific Forestry«.

9 Besonders deutlich wird diese veränderte Wahrnehmung der Roosevelt-Administration in der »Seventh Annual Message to Congress«, die Präsident Roosevelt am 3.12.1907 hielt und in der er sich ausführlich zum Zustand der natürlichen Ressourcen in den USA äußerte. Abgedruckt in: Buenker/Buenker, *Encyclopedia*, Vol. 3,

Welt« war noch kaum abgeschlossen, da zeigten sich bereits die negativen Folgen des ungebremsen Naturverbrauchs: Im Nordwesten erholten sich die Wälder immer langsamer von den ungesteuerten Abholzungen durch die private Holzwirtschaft, die den unersättlichen Bedarf an Bau- und Brennholz bediente. Auch aus dem Mittleren Westen jenseits des Mississippis kamen besorgniserregende Berichte: In Colorado, Wyoming und Montana waren weite Flächen der Prärie von umherziehenden Viehherden überweidet worden, sodass sie für Jahre als Lebensgrundlage für die Landwirtschaft der Menschen vor Ort ausfielen. Auch die Flüsse und Seen schienen in keinem guten Zustand zu sein: Zahlreiche Gewässer wurden als Jauchegruben genutzt und dort, wo es noch keine massiven Verunreinigungen gab, zeigten sich erste Anzeichen von Überfischung. Gleichzeitig nahm die Luftverschmutzung durch die wachsende Zahl an Industrieanlagen zu, verunreinigtes Trinkwasser beeinträchtigte die Lebensqualität in den Städten zusätzlich.<sup>10</sup> Als die Sorge um Verschmutzung und Übernutzung wuchs und die Kritik an einflussreichen Monopolen und Privatisierungen lauter wurde, erkannten reformorientierte Staatsangestellte und Wissenschaftler die Vorzüge einer neuen Idee: Das Land sollte zum Gemeingut werden.<sup>11</sup>

Die Bundesregierung wurde von der unbesorgten Treuhänderin zur verantwortungsbewussten Großgrundbesitzerin. Um die Nutzung der staatlichen Flächen zu organisieren, wurden mehrere Behörden geschaffen. Der 1905 gegründete Forest Service (FS) übernahm die Verantwortung für einen Großteil der Waldgebiete im Nordwesten der USA. Seine Kernaufgabe bestand darin, die Abholzung dieser Wälder durch kommerzielle Holzunternehmen zu steuern. Der erste Chef der Behörde wurde Gifford Pinchot, der so Gelegenheit bekam, seine Vorstellung von einem modernen Waldmanagement zu institutionalisieren. Pinchots Behörde markierte von nun an Nutzungsgebiete, versteigerte Lizenzen und formulierte Regeln für die Bewirtschaftung.

Innerhalb von wenigen Jahren verwandelte Pinchot die Unterabteilung des Agrarministeriums mit knapp zehn Mitarbeitern und wenigen Handlungsbefugnissen in eine eigenständige Behörde mit über 2500

---

S. 1099–1100. Dass sich auch die Wahrnehmung von Unternehmern und Industriellen in dieser Zeit wandelte, zeigt Michael McGerr plausibel in: *Fierce of Discontent*, Kap. 5, v. a. S. 149.

10 Vgl. Roosevelt, »Seventh Annual Message«, S. 1100.

11 Vgl. hierzu Bui/Sanger-Katz, »Why the Government«.

Beamten, die große Flächen in fast allen Einzelstaaten kontrollierten.<sup>12</sup> Dieser Ausbau spiegelte auch den relativen Bedeutungszuwachs der Behörde im amerikanischen Staatswesen wider. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges beschäftigte der amerikanische Staat 256 000 Beamte, allerdings über 210 000 von ihnen allein im US Postal Service und noch einmal 25 000 in der Armee: Fast zwölf Prozent der übrigen Beamten arbeiteten im Forest Service, der so innerhalb weniger Jahre zu einer der größten staatlichen Institutionen Amerikas geworden war.<sup>13</sup>

Um den Kongress und Roosevelt von dieser Zentralisierung administrativer Kontrolle in einer Behörde zu überzeugen, entwickelte Pinchot verschiedene Argumentationen. Er forderte eine systematische akademische Ausbildung seiner Mitarbeiter, die diese darauf vorbereiten sollte, Pläne für eine effiziente Nutzung der Flächen zu entwerfen. Im Gegenzug versprach Pinchot dem Kongress, dass seine Behörde mittelfristig Gewinne aus der Bewirtschaftung der staatlichen Flächen generieren werde und ihr Ausbau deshalb in erster Linie als Investition zu sehen sei. Zudem verstand es Pinchot, Allianzen mit jenen Unternehmern zu schließen, die einen regulierten Zugang zum Land den teils anarchischen Abläufen der Landaneignung im »wilden mittleren Westen« vorzogen und dementsprechend beim Kongress für diese Reformen warben.<sup>14</sup>

Der Forest Service besaß eine erhebliche symbolische und politische Bedeutung, denn hier wurden die staatstheoretischen Dogmen des *Progressive Movement* weitgehend umgesetzt. Hier ließ sich echte staatliche Macht demonstrieren, so der Historiker Bruce Schulman. Im frühen 20. Jahrhundert sei der Staatsapparat der USA zwar in vielen Feldern im Vergleich zu europäischen Nationen unterentwickelt gewesen, bei der Verwaltung natürlicher Ressourcen aber seien die USA vielen anderen Nationen voraus gewesen.<sup>15</sup>

Pinchots Erfolge trafen innerhalb der Naturschutzbewegung nicht nur auf Zustimmung. John Muir begrüßte zwar die Entmachtung pri-

---

12 Vgl. dazu Schulman, »Governing Nature«, S. 396; zur Personalentwicklung Balogh, »Scientific Forestry«, S. 199.

13 Vgl. Gerstel, *Liberty and Coercion*, S. 103; Thompson, »Government Growth«, S. 79. Die gesamte Armee umfasste im gleichen Zeitraum 25 000 Mann. Vgl. Gould, *America*, S. 4.

14 Vgl. hierzu Buenker/Kantowicz, *Dictionary*, S. 87.

15 Vgl. Schulman, »Governing Nature«, S. 376.

vatwirtschaftlicher Akteure, beobachtete die institutionelle Verankerung des profitorientierten Nutzungsgedankens natürlicher Ressourcen aber mit wachsender Sorge. Die Diskrepanz zwischen Muir und Pinchot wurde zu Beginn des neuen Jahrhunderts in der Auseinandersetzung um das Hetch-Hetchy-Tal sichtbar. Nach dem Erdbeben in Kalifornien von 1906, einer der größten Naturkatastrophen in der amerikanischen Geschichte, bat die Stadtverwaltung von San Francisco beim Kongress in Washington um die Erlaubnis, das Hetch-Hetchy-Tal am Rande des Yosemite-Parks für den Bau eines Reservoirs zu fluten. Auf diese Weise sollte die Wasserversorgung der wachsenden Stadt langfristig sichergestellt werden. Als Muir und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter im Sierra Club von diesem Megaprojekt erfuhren, nahmen sie den Kampf dagegen auf. Pinchot hingegen erklärte das Reservoir-Projekt zu einem Paradebeispiel für eine begrüßenswerte, gemeinwohlorientierte Nutzung von Natur. Der Bau eines Reservoirs an diesem Standort würde die Trinkwasserversorgung sicherstellen; gleichzeitig brach die Verwaltung durch die Stadt die Monopolmacht der großen privaten Wasserwerke und sicherte langfristig günstige Preise. Pinchots Position setzte sich knapp durch. Nachdem alle baulichen Vorbereitungen abgeschlossen waren, unterzeichnete Woodrow Wilson 1913 die Erlaubnis, das Tal zu fluten.<sup>16</sup>

Die Auseinandersetzung um das Hetch-Hetchy-Tal ließ die *conservation*-Bewegung zerstritten zurück. Vor allem in der amerikanischen Umweltgeschichte gab es lange Zeit die Tendenz, die Kluft zwischen diesen beiden Strömungen zum Kernkonflikt der Umweltbewegung zu stilisieren: bewahren oder schonend nutzen?<sup>17</sup> Allerdings sind die Forderungen

---

16 Vgl. zur Geschichte des Hetch Hetchy Valley und der Bedeutung dieser Auseinandersetzung: Penick, »Progressives«, S. 125–126. Das Reservoir hinter dem O'Shaughnessy-Damm versorgt bis heute einen Großteil der Metropolregion um San Francisco mit Trinkwasser, das aufgrund der geologischen Anlage des Tals von besonders hoher Qualität ist. Nicht eingehalten wurde allerdings das Versprechen, das Wasserwerk in öffentlicher Hand zu behalten. 1925, also nur wenige Jahre nach der Fertigstellung, verkaufte die Stadt das Wasserwerk an das Unternehmen Pacific Gas & Electric; seitdem gab es immer wieder Anlass für Kritik an der Geschäftspraxis des Konzerns und der Privatisierung. Der Sierra Club kämpft bis heute gegen den Staudamm und fordert einen Rückbau und eine Renaturalisierung des Tals – hat mit dieser Forderung aber auch aufgrund der seit Jahren anhaltenden Dürre in Kalifornien kaum Chancen auf Erfolg.

17 Vgl. hierzu auch Balogh, »Scientific Forestry«, S. 198.

gen und Positionen kaum so klar voneinander abzugrenzen, wie es die Kategorisierung in *preservationism* und *conservationism* suggeriert. Muir konnte die Notwendigkeit für eine bessere Wasserversorgung und ein Reservoir durchaus nachvollziehen und unterstützte deshalb die Suche nach Alternativen zum Hetch-Hetchy-Tal. Pinchot wiederum war sich des hohen Preises der Flutung bewusst, gerechtfertigt war dies in seinen Augen nur durch einen besonders hohen Nutzen für die Allgemeinheit.<sup>18</sup>

Für eine Vorgeschichte des amerikanischen *Anti-Environmentalism* bedeutet das zweierlei. Erstens ist es wichtig, sich nicht auf die internen Konflikte der Naturschutzbewegung zu beschränken. Weitet man den Blick und betrachtet die Kritiker der *conservation*-Bewegung und Verteidiger eines *Laissez-faire*-Regimes, treten die Gegensätze zwischen Muir und Pinchot in den Hintergrund: Sie beide verband nicht nur ein ernsthaftes Nachdenken über das Verhältnis zwischen Mensch und Natur, sondern auch der Glaube an die positive Kraft eines regulierenden Staates in Washington. Dafür sollten die Einzelstaaten entlastet, sprich entmachtet, und Befugnisse und Besitzverhältnisse in der Hauptstadt zentralisiert werden. Darüber hinaus drückte sich in den Forderungen von Muir und Pinchot auch ein Misstrauen gegenüber den legislativen Institutionen der amerikanischen Demokratie aus, die in ihren Augen anfällig waren für taktische Manöver und kurzsichtige Entscheidungen. Stattdessen schwebte den Vordenkern der *conservation*-Bewegung ein System mit einer starken Exekutive vor, in dem so viel Kontrollmacht wie möglich in den Händen eines unabhängigen Verwaltungsapparats liegen sollte.<sup>19</sup>

Zweitens ergibt sich aus diesen Überlegungen eine Verschiebung in der Deutung der Naturschutzbewegung. Aus der Perspektive einer Geschichte des *Anti-Environmentalism* sticht die hohe Integrationskraft dieser frühen Naturschutzbewegung ins Auge. Zwar bestand sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Wesentlichen aus weißen, männlichen Mitgliedern der bürgerlichen Oberschicht und war insofern homogen und elitär – ein deutlicher Unterschied zur Umweltbewegung der Nachkriegszeit.<sup>20</sup> Allerdings entfaltete sich zwischen den beiden Polen Muir und Pinchot Raum, der vielfältige Positionen und Rollen zuließ. Neben Lesern romantischer Naturromane fanden in der *conservation*-Bewegung

---

18 Vgl. Penick, »Progressives«, S. 126.

19 Vgl. Balogh, »Scientific Forestry«, S. 199.

20 Vgl. exemplarisch dafür Zelko, »Politics of Nature«, S. 716.

eben auch Jäger, Großgrundbesitzer, Landwirte und Holzhändler einen Platz – vereint durch ein ausgeprägtes Verantwortungsgefühl im Umgang mit natürlichen Ressourcen, eine Empfänglichkeit für die Schönheit von Naturlandschaften und den Glauben an die Notwendigkeit progressiver Reformen.

Nach der Niederlage im Hetch-Hetchy-Tal war sich Muir sicher: Auch der reine Schutzgedanke müsse im amerikanischen Staatsapparat verankert werden, sonst werde von den atemberaubenden Naturdenkmälern des Landes bald nicht mehr viel übrig sein. 1916 folgte der Kongress Muirs Forderung und gründete den National Park Service (NPS), der sich um Naturschutzgebiete kümmern sollte und im Innenministerium angesiedelt wurde. Beiden Flügeln der amerikanischen Naturschutzbewegung war es damit gelungen, innerhalb weniger Jahre ihre Grundüberzeugungen institutionell zu verankern. Damit hatte der Kongress allerdings auch den Grundkonflikt der Bewegung in den amerikanischen Verwaltungsapparat transplantiert. Einerseits schuf das eine gewisse Balance und bildete gesellschaftliche Meinungsverschiedenheiten ab, andererseits lag hier der Ausgangspunkt für Dissens innerhalb der Verwaltung. Unabhängig davon prägten diese neue Bürokratiestruktur und die damit verbundene staatliche Durchdringung und Regulierung von Ländereien die USA nachhaltig.<sup>21</sup>

Der Aufbau dieses frühen *Environmental Management State* war auch Ausdruck einer sich wandelnden gesellschaftlichen Perspektive auf die Aufgaben des Staates. Die institutionellen Reformen im Bereich der natürlichen Ressourcen fanden im Kontext grundlegender Veränderungen der amerikanischen Gesellschaft in den Jahren von 1890 bis 1920 statt.<sup>22</sup> Ein zentraler Gedanke der *Progressive Era* war, die junge amerikanische Republik vor konzentrierter wirtschaftlicher Macht zu schützen. Gerade im Bereich der natürlichen Rohstoffe drohte aufgrund der hohen Marktzutrittsbarrieren wie der enormen Anfangsinvestitionen und Verlustrisiken in besonderem Maße Monopolbildung.<sup>23</sup> Der Aufbau eines staat-

---

21 Vgl. zur Gründung des National Park Services und dem Konflikt mit dem Forest Service u. a.: Penick, »Progressives«, S. 127; Buenker/Kantowicz, *Dictionary*, S. 87.

22 Besonders gelungen ist die Aufarbeitung und Analyse dieser Zusammenhänge bei Schulman, »Governing Nature«.

23 Vgl. dazu etwa die Sorge, die Roosevelt gegenüber seinem engen Vertrauten James Garfield, Sohn des vormaligen Präsidenten, im Februar 1907 äußert: »I most emphatically believe that we should not permit the lands containing oil and gas to be

lichen Regulierungsapparats im Bereich der natürlichen Ressourcen verfolgte also nicht nur das Ziel, Natur zu schützen, sondern auch staatliche Handlungsmacht in der Wirtschaftspolitik zu demonstrieren.<sup>24</sup>

Wucherpreise, mächtige Kartelle sowie Verbraucherschutz- und Umweltskandale zogen sich wie ein roter Faden durch die öffentlichen Debatten dieser Ära. Eine Reihe von Journalisten und Schriftstellern nutzte die wachsende Reichweite ihrer Publikationsorgane, um auf Missstände aufmerksam zu machen. Die Berichte aus den Fleischereien in Chicago, in denen die Maschinen auch nicht stoppten, wenn Hände, Arme oder Füße der Arbeiter in den Fleischwolf gerieten, lösten 1906 den ersten nationalen Verbraucherschutzskandal aus – und verdarben nachhaltig den Appetit auf Dosenfleisch. Auch hier wurde die Aufdeckung der Missstände von einem wachsenden Misstrauen in die Geschäftswelt und dem Ruf nach staatlicher Aufsicht begleitet.<sup>25</sup>

Parallel wurde allerdings auch das Vertrauen in den Kongress erschüttert. Die Medien beschäftigten sich intensiv mit den engen Verbindungen zwischen Großindustriellen und Abgeordneten, deckten Korruptionsfälle auf, forderten mehr Transparenz und klarere Regeln. Die Akzeptanz für mehr Regulierungen und eine Machtverschiebung von der Legislative hin zu den Behörden der Exekutive waren in dieser Phase so hoch wie nie zuvor. Pinchots Kampf für den Ausbau des Forest Service passte sich hier nahtlos ein.<sup>26</sup>

Diese Machtverschiebungen riefen aber auch Widerstand hervor. Vor allem Unternehmer und Bewohnerinnen und Bewohner der westlichen Einzelstaaten begannen, die *conservation policy* aus Washington zu kritisieren. Die Kolonialisierung des amerikanischen Nordwestens war als Kraftakt mit gewaltigen Strapazen und Leiden in das kollektive Gedächtnis der Siedler eingegangen. Die Abholzung der riesigen Urwälder im Nordwesten war in dieser Perspektive kein Verlust an Naturlandschaften, sondern die zwingend notwendige Voraussetzung für ihr Leben in dieser

---

alienated under conditions which would in effect mean the building up of a great monopoly in oil.« Zit. nach Brinkley, *Wilderness*, S. 676.

24 Ein weiteres Beispiel für diese Formen der staatlichen Machtdemonstrationen gegenüber Kartellen ist die Phase der Prohibition in den 1920er Jahren.

25 Vgl. zu der wachsenden Sensibilität für Verbraucherschutz und Aufdeckung zahlreicher Skandale: McCormick, *Party*, S. 275 ff. Vgl. zur Entstehung der für diesen Zeitraum spezifischen Multikonzerne McGerr, *Fierce of Discontent*, S. 150 ff. Vgl. zum Thema Anti-Businessstimmung ebd., S. 157–162; McCormick, *Party*, S. 270 ff.

26 Vgl. Balogh, »Scientific Forestry«, S. 199; McGerr, *Fierce of Discontent*, S. 169.

Region. Die Nutzung der Weideflächen in Colorado war für lange Zeit die Lebensgrundlage der dortigen Bevölkerung; der Bau von Zäunen, die nun als unsystematische und illegale Nutzung kritisiert wurden, erleichterte die Viehwirtschaft enorm und machte sie einigermaßen lukrativ. Und all dies geschah auf den gewaltigen staatlichen Landflächen, die, so die Überzeugung in den betroffenen Regionen, Eigentum des amerikanischen Volkes, nicht der Regierung in Washington waren.<sup>27</sup>

Tatsächlich war die Bundesregierung zunächst im Westen kaum präsent; wenn sie in Erscheinung trat, dann als Vermittlerin und Unterstützerin von Wachstum und Entwicklung. An Washington richtete sich dementsprechend nur eine Erwartung: Natürliche Ressourcen sollten für den privaten Gebrauch und für Bauprojekte zugänglich gemacht werden, um die ökonomische Entwicklung der Region zu fördern. Nun aber endete die Privatisierungspolitik der Vorjahre, noch bevor sie im Nordwesten richtig in Gang gekommen war. Auch wenn das durchaus im Interesse der Agrarbetriebe und Unternehmen sein konnte, solange der Staat das eigene Land deutlich günstiger zur Verfügung stellte als die meisten privaten Grundbesitzer, zementierte dieser Politikwandel doch eine sehr ungleiche Verteilung der öffentlichen Flächen. Washington, Oregon und der Norden Kaliforniens waren und sind damit deutlich stärker von den Entscheidungen der Bundesbehörden betroffen als etwa die Staaten an der Ostküste.<sup>28</sup>

Von den Forderungen der Naturschutzbewegung kamen in dieser Region vor allem die Rufe nach Zugangsbeschränkungen und Verboten an; sie wurden als Schikane, Sabotage und Machtmissbrauch interpretiert. Im Westen waren sich viele einig, dass die neue Ressourcenpolitik in einem heftigen Widerspruch zu den Errungenschaften der Amerikanischen Revolution stehe: Der Wille der Bürger solle doch durch lokale Regierungen umgesetzt werden, nicht durch zentralisierte Institutionen aus der Ferne; und staatlicher Besitz von Land dürfe nur ein Zwischenschritt zur privaten Nutzung und Verwirklichung ökonomischer Chancen sein.<sup>29</sup>

---

27 Vgl. zur wachsenden Opposition gegen staatliches Ressourcenmanagement v. a. im Westen Penick, »Progressives«, S. 122–125.

28 Vgl. zur Erwartungshaltung Abbott, »Federal Presence«, S. 469–471, und Hardy Vincent, *Grazing Fees*.

29 Vgl. Harrison, *Congress*, S. 168 f. Speziell zu Colorado vgl. McGerr, *Fierce of Discontent*, S. 168.

Besonders vehement in Erscheinung traten die Gegner von Roosevelts Naturschutzpolitik bei den Diskussionen um den Antiquities Act von 1906, der dem amerikanischen Präsidenten die Macht gab, Landschaften ohne Zustimmung des Kongresses zu nationalen Naturdenkmälern zu erklären und so der regionalen Nutzung zu entziehen. Der republikanische Senator aus Oregon, Charles Fulton, führte eine Initiative an, die dieser präsidialen Macht Grenzen setzen wollte. Er legte einen Gesetzeszusatz vor, der weitere Schutzflächen in Oregon, Washington, Idaho, Montana, Colorado und Wyoming ausschloss. Fulton hielt die gesamte Naturschutzpolitik des Präsidenten und seiner Minister für undemokratisch und kritisierte sie als verantwortungsloses Horten natürlicher Ressourcen.<sup>30</sup>

Roosevelt wählte einen aggressiven Umgang mit dieser Kritik. Als sich wenige Tage vor der Abstimmung eine Mehrheit für den Zusatz anzubahnen drohte, erklärte er kurzerhand zahlreiche Gebiete in diesen Staaten per präsidialem Dekret zu Schutzgebieten. Er erhielt dafür viel Lob aus den Reihen der *conservation*-Bewegung, zog allerdings gleichzeitig den Zorn zahlreicher Abgeordneter aus dem Nordwesten auf sich, die ihm vorwarfen, eigenmächtig und autoritär gehandelt zu haben.<sup>31</sup> Als der Antiquities Act schließlich verabschiedet wurde, hatte Roosevelt Fakten geschaffen. Das Gesetz gilt bis heute als wichtiger Meilenstein in der amerikanischen Naturschutzpolitik und wurde von fast allen Präsidenten genutzt, um weitere Naturschauplätze zu schützen – erst die republikanischen Präsidenten ab den 1970er Jahren machten davon keinen Gebrauch mehr. Diese Episode zeigt bereits, dass die wichtigsten Institutionen des frühen Naturschutzes gegen den Widerstand des amerikanischen Westens durchgesetzt wurden und das dabei entstandene Misstrauen gegenüber der Bundesregierung in Washington, vor allem wenn es um die Verwaltung der staatlichen Länder ging, tief saß. Der Ausbau des *Environmental Management State* begann also keinesfalls konfliktfrei. Aber er verschob nachhaltig den Rahmen, in dem von nun an der Schutz von Natur verhandelt wurde. Diese Fragen wurden nun nicht mehr vor Ort durch Kommunalpolitiker entschieden, sondern in-

---

30 Vgl. zur Auseinandersetzung um den Antiquities Act: McGerr, *Fierce of Discontent*, S. 168, und zu Fulton vgl. Brinkley, *Wilderness*, S. 677.

31 Die Vertreter der Holzindustrie klagten Roosevelt für Amtsmissbrauch an. Nach Jahren der gerichtlichen Auseinandersetzung entschied der Oberste Gerichtshof 1910 allerdings zugunsten Roosevelts.